

De Jouvencel über Sicherheit und Abwehrung. Genf, 25. Sept. In seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung sagte der französische Senator de Jouvencel u. a.: Infolge seiner Naturbarkeit bietet Artikel 36 des Völkerbundsstatutes über die Beilegung von internationalen Streitigkeiten insofern eine Lücke, als es nach diesem Artikel genügt, daß ein einziges Staatsmitglied einem von den übrigen Staatsmitgliedern gebilligten Bericht nicht zustimmt, um allen anderen Staaten ihre Handlungsfreiheit wiederzugeben und daß es gleichfalls genügt, daß ein Mitglied des Völkerbundes einen Freund im Völkerbund hat, um damit die Möglichkeit zu erlangen, zu einer ihm genehmen Zeit einen Krieg auszubringen zu lassen.

Das beste Mittel zur Abwehrung sei die Schaffung des Vertrauens, daß die Völker ihre Wünsche auf friedlichem Wege durchzuführen könnten. Wenn ein Frieden nicht dem historischen Recht der Völker entspreche, könne er nicht von Dauer sein. Solange es den Völkern nicht möglich sei, ihre geschichtliche Lebensnotwendigkeit zu erfüllen, sei kein dauernder Frieden möglich. Der Krieg sei nur ein materielles Übel, aber ein ungeschwieblicher Frieden ein moralisches, also ein viel schlimmeres Übel.

Ablehnung des französischen Vorschlags. Paris, 25. Sept. Die Havaas berichtet, hat im Laufe der letzten heute mittag stattgefundenen Vollversammlung des Ausschusses für die Völkerbundsstatute ein Memorandum überreicht, in dem der Standpunkt der amerikanischen Kommission bezüglich der französischen Vorschläge ausdemonstriert wird, sowie die Gründe, aus denen die amerikanische Kommission die französischen Vorschläge für unannehmbar hält.

Anarchistenverhaftungen in Paris. Wie nachträglich bekannt wird, hat die Polizei bei den für Freitag abend angelegten geplanten Kundgebungen gegen den Weltkrieg 15 bekannte Anarchisten verhaftet. Da keine Zwischenfälle vorgekommen sind, wurde der Sicherheitsdienst allmählich aufgelöst.

Chamberlain über die Frage schiedsgerichtlicher Regelung.

London, 25. Sept. Auf eine von dem Nationalrat zur Verhinderung von Kriegen organisierten und von einer halben Million unterzeichneten Petition, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Grundsatz eines Schiedsgerichts für alle internationalen Streitfälle zuzustimmen, wurde von Foreign Office im Namen Chamberlains eine Antwort erteilt, in der dargelegt wird, daß Großbritannien bereits in weitestgehendem Maße den Grundsatz des Schiedsgerichtes angenommen hat, daß aber nicht klar wäre, eine Verpflichtung einzugehen, jeden Streitfall, auch solche, bei denen wichtige Interessen oder die Unabhängigkeit des Staates berührt werden, ohne daß eine Kriegsgefahr besteht, einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Man dürfe nicht vergessen, daß das britische Reich keine einheitliche Verfassung und daß bei jedem Schritt die Zustimmung der Dominien und Indien eingeholt werden muß.

Die Wehrpflicht in der Sowjet-Union.

Moskau, 23. September. Die Sowjetregierung veröffentlicht das endgültige Gesetz über die Wehrpflicht. Danach sind sämtliche Sowjetbürger vom 19. bis zum 40. Lebensjahr wehrpflichtig. Es wird ein gemischtes System eingeführt, das ein stehendes Heer und eine Miliz vorstellt. Das 19. bis 21. Lebensjahr ist der militärischen Vorbildung gewidmet. Der aktive Militärdienst beginnt mit dem 21. Lebensjahr und dauert nominell fünf Jahre, davon tatsächlich aktiv bei der Waffe je nach der Waffengattung zwei bis vier Jahre, während die übrige Zeit der Wehrpflichtige als beurlaubt und zu Waffenübungen einbezogen wird. Zur Befreiung des ersten Aufgebots gehören die Mannschaften bis zum 32. Lebensjahr, zum zweiten Aufgebots bis zum 40. Lebensjahr. Zur Miliz ausgehobene Wehrpflichtige ebenso wie die Reservisten, werden zu Waffenübungen und Kontrollversammlungen einberufen. Die Institution der einjährig-freiwilligen Militärdienst-

gelt für die Wehrpflichtigen mit höherer Schulbildung wird eingeführt. Die nichtwehrtätige, also nicht wahlberechtigte Bevölkerung wird nicht mit der Waffe ausgebildet, sondern in Arbeitsbataillone eingeteilt, von denen in Friedenszeiten nur geringe Teile einberufen werden, während die übrigen eine Wehrsteuer zu zahlen haben. Frauen dienen in Friedenszeiten in der Armee nur auf Grund freiwilliger Meldung, während in Kriegszustand die Wehrpflicht der Frau für besondere Dienste vorgelesen ist. Die Befreiung vom Dienst mit der Waffe auf Grund religiöser Überzeugung ist weiter zugelassen. Für die Entscheidung zuständig sind die Gerichte.

Die Deutschen in der Tschechoslowakei.

In diesen Tagen wurde erneut von tschechischer Seite der Versuch gemacht, die Deutschen, die im Gebiete der tschechoslowakischen Republik ansässig sind, ihrer Eigenart wegen zu unterdrücken. Dies legt abermals den Gedanken nahe, den zahlenmäßigen Bestand des Deutschtums in der Tschechoslowakei zu untersuchen. In der eben erschienenen Schrift von Emil Lehmann „Der Subeten-deutsche“ (Der weiße Ritter Verlag, Wetzlar) finden wir folgende lehrreiche Zusammenstellung:

Das geschlossene deutsche Sprachgebiet in Böhmen, Mähren und Schlesien wird auf 2 485 171 Hektar berechnet. Dazu kommen die deutschen Sprachinseln mit 170 808 Hektar. Das ergibt zusammen 2 655 984 Hektar deutschen Gebietes. Das tschechische Sprachgebiet beläuft sich auf 5 036 126 Hektar, das der tschechischen Sprachinseln auf 11 298 Hektar, zusammen 5 047 414 Hektar. Rechnet man die tschechischen Sprachinseln zum deutschen und die deutschen zum tschechischen Sprachgebiet so stehen einander 2 494 459 Hektar deutschen und 5 208 519 Hektar tschechischer Boden gegenüber. Das geschlossene deutsche Sprachgebiet mit seinen 83,6 Prozent der gesamten deutschen Fläche und 83,5 Prozent der deutschen Einwohner stellt also mit Recht das Deutschtum in diesem Staate dar. Daß die Fläche des geschlossenen deutschen Sprachgebietes rund 32 Prozent des gesamten Bodens von Böhmen, Mähren und Schlesien und rund 20 Prozent aller Bewohner dieser Länder ausmacht, kann uns mit Stolz erfüllen. So stellt der deutsch-böhmische Statistiker Dr. Alois Oberhoff in Prag in seiner Schrift „Der politische Weltstand der Deutschen in der Subetenländer“ fest. Dabei sind die Deutschen in der Slowakei und Karpatenrußland nicht mit berücksichtigt. Mit deren Einschluß erhalten wir für die Gesamtzahl der Subeten-deutschen von 34 Millionen eine Bodenfläche von über 27 000 Kilometern.

Damit vergleicht man die folgenden selbständigen Staaten und Völker:

Table with 3 columns: Name, Kilometern, Einwohner. Rows include Albanien, Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden, etc.

Von deutschen Freistaaten kommen in Betracht:

Table with 3 columns: Name, Einwohner. Rows include Baden, Württemberg, Niederösterreich mit Wien.

Es ist richtig, wenn Katschinsky für die Subeten-deutschen von Ernst Volkmann ausführt: „Die Deutschen in Böhmen haben ein geschlossenes Sprachgebiet; es ist größer als das der Bayern, Sachsen oder Baden und fast so groß als Württemberg“. Die Zahl der Deutschen ist größer als die Zahl der Einwohner von Niederösterreich oder Württemberg und etwa so groß wie die Gesamtbevölkerung der Schweiz. In der tschechoslowakischen Republik wohnen mehr Deutsche als Dänen in Dänemark, Griechen in Griechenland, in Böhmen allein mehr als Norweger in Norwegen.“

Bund der enteigneten Großgrundbesitzer. Ehemalige reichsdeutsche Besitzer von tschechoslowakischem Großgrundbesitz, das beschlagnahmt wurde, haben ein Konföderations-Organ gebildet, um ihre Ansprüche beim tschechoslowakisch-deutschen Schiedsgericht in Genf vertreten zu lassen. Zu dem Konföderations-Organ gehören: Rupprecht von Bayern, Fürstin Sophie Dettingen-Spielberg, Fürst Thurn und Taxis, Prinzessin Pauline Löwenstein-Wertheim-Freudenberg.

Einführung der Goldkrone in Ungarn.

Budapest, 25. Sept. Nach langem Zögern über die neue Währungseinheit hat sich die Regierung gestern entschlossen, dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Goldkrone eingeführt wird. Die Umrechnung der Papierkrone wird im Verhältnis von 14,500:1 erfolgen. Die Bank- und Industriewelt hatte sich dafür eingesetzt, daß eine Angleichung der ungarischen Währung an die österreichische Schillingrechnung erfolgen soll.

Umgestaltung der Kreuzzeitung.

Berlin, 26. Sept. Einer Korrespondenz zufolge soll demnächst in der Journalistischen Zeitung der Berliner „Kreuzzeitung“ eine Umänderung eintreten. Als künftiger journalistischer Leiter des Blattes, das zu einem kulturellen Organ mit reichem Bilderreichtum ausgestaltet werden soll, wird der Schwede Ekund genannt. Die Anregung zu dieser Umgestaltung soll auf die Stockholmer Kirchenkonferenz und den Ortsbischof von Upsala zurückzuführen sein.

Dr. Wirth als Gast der Kammerhandelskammer. Die Handelskammer von Neupost gab zu Ehren des Reichskanzlers a. D. Dr. Wirth ein Frühstück in den Räumen des Bankierclubs, an dem eine Reihe von Persönlichkeiten der Finanz- und der Geschäftswelt teilnahmen. Der Präsident der Handelskammer, Hermann Mey, brachte einen Toast auf den Reichskanzler Coolidge und auf den deutschen Reichspräsidenten aus. Mey erklärte, die Handelskammer begrüße jedes Ereignis, das dazu angetan sei, zwischen den beiden Ländern auf geschäftlichem Gebiet eine bessere Verständigung herbeizuführen. Senator Copeland begrüßte Dr. Wirth und erklärte, wenn er zu bestimmen hätte, würde eine Wirtschaftskonferenz stattfinden, auf der die Geschäftsleute sich darüber schlüssig machen, wie die frühere Normalverträge am besten wieder hergestellt werden kann. Senator Copeland stellte die Frage, warum man Deutschland nicht Zepfeline bauen und an die Vereinigten Staaten verkaufen lasse. Polizeikommissar Erriicht hieß in Vertretung des Bürgermeisters Hylan den Gast in Neupost herzlich willkommen. Reichskanzler a. D. Wirth ergriff lebhaft das Wort und stellte unter allgemeiner Beifall fest, er sehe hier zum ersten Male, daß Trinksprüche mit klarem Wasser ausgetrunken werden. Wenn Klarheit und Wahrheit auch in den Verhandlungen der Länder untereinander geherrscht hätten, so hätte großes Unheil verhütet werden können.

Zwischen Luzern und Locarno.

Noch ist die Entscheidung nicht gefallen, an welchem Ort die Verhandlungen über den Sicherheitspakt stattfinden sollen. Verhandlungen, die die äußere Politik unseres Vaterlandes auf Jahrzehnte hinaus bestimmen und ihr die Wege vorschreiben werden. Sollen in Luzern oder in Locarno sich diese wichtigen Verhandlungen abspielen?

Landschaftlich betrachtet sind beide Städte überaus reizvoll. Luzern, die Hauptstadt des gleichnamigen schweizerischen Kantones ist bekannt als der Mittelpunkt des schweizerischen Fremdenverkehrs, verfügt über die besten Verkehrsverbindungen und Unternehmlichkeiten. Von Hügeln umschlossen, die herrliche Bünde abhalten, liegt es malerisch an der Mündung der Reuß an der Vierwaldstätter See, angelehnt an den Pilatus, der Rigi sowie der schneebedeckten Arner und Engelberger Alpen. Die Stadt wird durch den Fluß in zwei Teile geteilt. Auf dem linken Ufer liegt die Altstadt mit ihren Lebenswürdigkeiten, der Jesuitenkirche, ein herrlicher Barockbau aus dem Jahre 1699, der gotischen Markthalle, dem Museum mit der Kantonsbibliothek, dem Zeughaus und der Präzedenz. Die auf dem rechten Ufer gelegene Großstadt hat in ihren älteren Teilen noch Reste des Mittelalters, während sie in ihren moderneren Stadtteilen herrliche breite, von Bäumen beschattete Straßen aufzuweisen hat. Hier sind an Wäutern in erster Linie das Rathaus, die protestantische Kirche und die Postkirche zu erwähnen und als hervorragende Sehenswürdigkeit das berühmte Löwendenkmal zum Gedächtnis der am 10. August 1792 bei der Verteidigung gefallenen Schweizergardien, die an jenem geschichtlich so überaus bedeutungsvollen Tage allein noch wachten, was Soldatenehre vom Manne erfordert und wenn es auch nur ihre bezahlte Söldnerethere war. Nach Thormaldsens Model von dem Bildhauer Horn aus Konstanz in Felsen eingehauen, gilt es noch heute als eines der ersten Kunstwerke der Schweiz. Die Stadt mit ihren 37 000 Einwohnern ihren alten Bräuden, dem herrlichen Schweizerhof- und Nationalpalast wird jedem, der sie einmal besucht hat, unvergänglich bleiben.

Anders Locarno mit seinen 4500 Einwohnern, an der Mündung der Maggia gelegen. Nur wenige geschichtliche Erinnerungen weisen den Fremden, der sich hier aufhält, an. Nach Bauart und Bevölkerung fast rein italienisch ist es als Winterort wegen seines milden Klimas viel besucht. Den schönsten Blick auf den Lago Maggiore, die malerische alte Stadt und ihre herrliche Umgebung bietet die berühmte Wasserpark-Wohnung des Sasso, die sich dicht hinter Locarno auf einem steilen Felsen erhebt. Schon 789 urkundlich erwähnt, stand es im Mittelalter unter der Herrschaft vererbender Adelsgeschlechter, kam 1340 an Mailand und wurde 1512 an die Eidgenossenschaft abgetreten. Allmählich aber ging sie an Bedeutung zurück, insbesondere nachdem sie 1865 sich durch die Ausweisung ihrer besten Mittelsbürger, die protestantisch waren, selbst am meisten geschädigt hatte.

Welche Stadt auch der Verhandlungsort werden möge: wir können nur wünschen, daß für unser Vaterland Gutes hier geschaffen werden wird.

Die neuen Verfassungen in der Fernen Ostsee.

Wie sehr beläuft sich die Zahl der Verfassungen in der Fernen Ostseeangelegenheit auf 7. Unter ihnen befindet sich außer dem bereits genannten Fährnisch Weber auch ein ehemaliger Oberfeldwebel des Regiments von Soden, früherer Baltischer und Oberschlesienkämpfer.

Antikommunistische Propaganda in England.

Die antikommunistische Propaganda in einer Anzahl Londoner Blätter die in der allerletzten Zeit eine lebhafteste Verschärfung erfahren hat, wird als natürliches Begleiterscheinung der neuen Konferenz bezeichnet und zugleich mit der bevorstehenden Jahreskonferenz der Arbeiterpartei in Liverpool in Zusammenhang gebracht, auf der scharfe Zusammenstöße zwischen der gemäßigten und der extremen Richtung erwartet werden.

Verlobung des norwegischen Kronprinzen mit einer schwedischen Prinzessin.

Es heißt, daß die Verlobung des norwegischen Kronprinzen Olaf, der gerade von der Universität Oxford zurückgekehrt ist, mit der schwedischen Prinzessin Astrid bevorstehe. Diese Verlobung wäre für Norwegen und Schweden nicht ohne politische Bedeutung.

Abonnieren Sie auf MEISTERS BUCH-ROMAN. Wochenheft 25 Pfennig! Einbanddecke kostenlos! Wochenheft 25 Pfennig! Bestellungen nehmen unsere Träger, wie unsere Geschäftsstelle entgegen.